

Beschlussempfehlung*

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/107 –

Menschenrechte als entwicklungspolitische Querschnittsaufgabe fortführen

A. Problem

In dem Antrag fordert die Fraktion der SPD die Bundesregierung auf, in ihrer internationalen Politik alle in den von Deutschland ratifizierten Menschenrechtskonventionen festgeschriebenen Rechte zu achten, zu schützen und zu gewährleisten, Menschenrechte als entwicklungspolitische Querschnittsaufgabe konsequent fortzuführen und den „Entwicklungspolitischen Aktionsplan für die Menschenrechte 2008–2010“ weiter umzusetzen und einen fortentwickelten Folgeplan vorzulegen. In allen entwicklungspolitisch relevanten Politikbereichen erwartet die Fraktion der SPD ein menschenrechtlich kohärentes Vorgehen und dass die Bundesregierung sich nachträglich für die Millenniums-Entwicklungsziele einsetzt, den Schwerpunkt Armutsbekämpfung beizubehalten und gezielt besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu fördern. Darüber hinaus soll die Bundesregierung bei Auslandsaktivitäten privater Unternehmen strikt auf die Einhaltung der Menschenrechte und der ILO-Kernarbeitsnormen achten sowie auf Sozialstandards und Verhaltenskodizes drängen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

* Der Bericht wird gesondert verteilt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/107 abzulehnen.

Berlin, den 16. Dezember 2009

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Tom Koenigs
Vorsitzender

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Christoph Strässer
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatteerin

Annette Groth
Berichterstatteerin

Volker Beck (Köln)
Berichterstatter